

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **14.** Sitzung  
**des Planungs-, Klimaschutz und  
Umweltausschusses**  
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **21.11.2024**  
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2172)  
Navigation: [www.rkn.nrw/TR814](http://www.rkn.nrw/TR814)  
Beginn der Sitzung: 17:05 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:46 Uhr  
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
2. Herr Karl Josef Flüchten
3. Frau Sabina Kram
4. Frau Sandra Lohr
5. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer Vertretung für Herrn Johann-Andreas Werhahn
6. Herr Richard Streck
7. Herr Wolfgang Wappenschmidt

#### **• SPD-Fraktion**

8. Frau Christina Borggräfe
9. Herr Horst Fischer
10. Frau Doris Hugo-Wissemann
11. Herr Wolfgang Kaisers
12. Frau Sonja Kockartz-Müller
13. Herr Christian Stupp

#### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

14. Herr Detlef Harting
15. Frau Katharina Janetta
16. Frau Ute Leiermann Vertretung für Herrn Joachim Quass
17. Herr Hans Christian Markert

18. Frau Renate Steiner

- **FDP-Fraktion**

19. Frau Elena Fielenbach

Vertretung für Herrn Tim Tressel

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/  
Deutsche Zentrumspartei**

20. Herr Hans-Joachim Woitzik

Vertretung für Herrn Michael Kirbach, anwesend bis 18.32 Uhr

- **AfD-Fraktion**

21. Herr Michael Nietsch

anwesend bis 18.39 Uhr

- **Gäste**

22. Frau Lucy Hofmann

23. Frau Hannah Strobel

- **Verwaltung**

24. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge

25. Herr Dezernent Gregor Küpper

26. Frau Ines Willner

27. Herr Marcus Temburg

28. Frau Ina Grothe

29. Frau Regina Krings

30. Frau Aileen Wichmann

31. Herr Thiago de Carvalho Zakrzewski

32. Herr Andreas Böhm

33. Frau Andrea Steins

- **Schriftführer**

34. Herr Karl-Heinz Olk

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>3</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern .....	4
3.	Vorstellung "AltBauNeu" Vorlage: 61/5348/XVII/2024 .....	4
4.	Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/5296/XVII/2024 .....	5
5.	Abfallgebühren 2025 Vorlage: 68/5272/XVII/2024 .....	6
Beschluss: .....		7
6.	Mitteilungen .....	9
6.1.	Sachstandsbericht zu hohen Grundwasserständen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/5373/XVII/2024 .....	9
6.2.	Facharbeitsgruppe Gillbach Vorlage: 68/5339/XVII/2024 .....	9
6.3.	Sachstandsbericht zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/5346/XVII/2024 .....	10
6.4.	Sachstandsbericht "Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaft" mit Campohermoso (Kolumbien) Vorlage: 61/5345/XVII/2024 .....	11
6.5.	Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zum "Bündnis für Biodiversität Mittlerer Niederrhein" .....	11
7.	Anfragen .....	12
7.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Vorlage: 61/5347/XVII/2024.....	12
7.2.	Mündliche Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fahrzeitregulierung für Mähroboter.....	13
8.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle .....	13

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

##### Protokoll:

**Vorsitzender Herr Markert** stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## 2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern

### Protokoll:

Es waren keine noch zu verpflichtenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in der Sitzung anwesend.

**Vorsitzender Herr Markert** schlägt vor, die Dauer der Vorträge auf jeweils 15 min zu begrenzen. Somit werde u. a. gewährleistet, dass im Anschluss noch genügend Zeit für die Diskussionen vorhanden sei. Bei den Vorträgen sollen die Kernbotschaften daher bereits am Anfang eines Vortrags kommuniziert werden, um zu verhindern, dass am Ende eines Redebeitrags ein Zeitdruck entstehe.

## 3. Vorstellung "AltBauNeu"

### Vorlage: 61/5348/XVII/2024

### Protokoll:

**Vorsitzender Herr Markert** informiert, dass dieser TOP mit Informationen zum landesweiten Netzwerk „AltBauNeu“ mit Sitzungsvorlagen-Nr. 61/5348/XVII/2024, krankheitsbedingt ausfallen müsse. Werde dies im Ausschuss gewünscht, könne der Vortrag in einer der nächsten Sitzungen nachgeholt werden. **Herr Wappenschmidt** schlägt vor, die Folien zu diesem Beitrag vorab der Niederschrift beizufügen, um so die Möglichkeit zu erhalten, sich auf die Präsentation vorzubereiten. **Vorsitzender Herr Markert** schließt sich diesem Vorschlag an.

*(Anmerkung der Schriftführung: Primär aus Lesbarkeitsgründen werden die Powerpoint-Vorträge aus dem öffentlichen Teil der Tagesordnung, auch die Folien zum landesweiten Netzwerk „AltBauNeu“, auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss abgelegt, für alle Nutzer zugänglich und frei verfügbar. Pfad: Verwaltung und Politik/ Politik und Wahlen/ Bürgerinfoportal/ Planungs- Klima- Umweltausschuss/ 21.11.2024)*

#### 4. **Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den Rhein-Kreis Neuss** **Vorlage: 61/5296/XVII/2024**

##### **Protokoll:**

**Vorsitzender Herr Markert** begrüßt Frau Wichmann, die seit April 2024 beim Rhein-Kreis Neuss als Nachhaltigkeitsmanagerin arbeitet.

**Frau Wichmann** stellt die wesentlichen Eckpunkte des vom Bundesumweltministeriums geförderten Projektes „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen“, abgekürzt KoMoNa, vor. Die Laufzeit sei auf 2 Jahre befristet und ende am 31.03.2026. **Frau Wichmann** informiert über die drei Hauptarbeitsfelder dieses Projektes:

- Ökologische Tragfähigkeit
- Soziale Gerechtigkeit
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Sie informiert über die Aufbauorganisation des Projektes, bestehend aus der Koordination mit ihr als Nachhaltigkeitsmanagerin, dem Projektleiter Herrn de Carvalho Zakrzewski und dem Dienstleister NELA.Next Economy Lab, über den Lenkungskreis mit dem Kreisdirektor und der Amtsleitung, über ein verwaltungsinternes und ämterübergreifendes Kernteam und schließlich einem Beirat mit regionalen Interessensvertretern.

**Frau Wichmann** erinnert an die 17 Haupt- und 169 Unterziele für eine Nachhaltige Entwicklung, von den Vereinten Nationen im Jahre 2015 so beschlossen. Sie betont, dass 2/3 dieser Ziele nur auf kommunaler bzw. regionaler Ebene umgesetzt werden können. Die Umsetzung dieser Ziele stellt die Basis des KoMoNa-Projektes dar. **Frau Wichmann** betont, dass der Rhein-Kreis Neuss mit der Teilnahme an dem Projekt zur modellhaften Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele eine Vorreiterrolle einnehme, der erste Landkreis in Deutschland überhaupt sei, der seine Nachhaltigkeitsstrategie auf den Globalen Nachhaltigkeitszielen und der Donut-Ökonomie nach Kate Raworth gründe und daher bereits auch ein großes Interesse bei Bundesbehörden, Instituten und Hochschulen ausgelöst habe. Sie stellt den zeitlichen Projektablauf und die Projektentwicklung vor.

*(Anmerkung der Schriftführung: Frau Wichmann stellt im Nachgang die Definitionen und die Priorisierungen der festgelegten Handlungsfelder als Anlage in o. g. Homepage des Kreises zur Verfügung.)*

**Frau Strobel** ist Mitgeschäftsführerin der Firma NELA (NELA. Next Economy Lab). NELA entwickelt schwerpunktmäßig Konzepte für eine sozial gerechte, klimapositive und kooperative Wirtschaft. Die Aufgabe von NELA als Dienstleister für den Rhein-Kreis Neuss: Zuarbeit im Projekt von Frau Wichmann an der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie. **Frau Strobel** betont, dass eine Hauptaufgabe sein werde, die Globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene herunterzubrechen. Das bedeute auch, dass die in den kreisangehörigen Kommunen und durch den Rhein-Kreis Neuss bereits geleistete Arbeiten zum Thema erfasst und vergleichbar gemacht werden sollen. Sie erklärt die sogenannte Donut-Ökonomie. In einem inneren Kreis werden die sozialen Bedürfnisse wie z. B. Arbeit, Bildung, Energieversorgung und Mobilität abgebildet. Im äußeren Kreis sind dann die ökologischen Grenzen dargestellt, wie z. B. der Klima- und Artenschutz. Der Schlüssel für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse auf der einen und die Einhaltung planetarer Grenzen auf der anderen Seite wird in einer

regenerativen Wirtschaft gesehen. **Frau Strobel** betont, dass auf dieser allgemein anerkannten Basis die für die Rhein-Kreis Neuss wichtigen Handlungsfelder untersucht werden sollen. Bereits in der Anfangsphase abgestimmt, u. a. mit den Akteuren der Kreisverwaltung, seien insgesamt 14 Handlungsfelder identifiziert worden. Sie benennt einige Beispiele, z. B. die Förderung der Kreislaufwirtschaft, die Energieversorgung, nachhaltiges Bauen und Wohnen, eine nachhaltige Verwaltung mit Vorbildfunktion, aber auch das Thema Klimaanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen.

**Herr Wappenschmidt** fragt nach konkreten Maßnahmen, welche im Rhein-Kreis Neuss umgesetzt werden können. **Herr Nietsch** erkundigt sich zu den Kosten und zur Förderhöhe. **Frau Hugo-Wissemann** bemerkt, dass die Terminplanung in Anbetracht der Tatsache, dass eventuell noch verschiedene Fachausschüsse beteiligt werden, doch sehr ambitioniert sei.

**Kreisdirektor Brügge** erinnert daran, dass bereits in 2023 der Finanzausschuss und der Kreistag die Durchführung dieses Projektes beschlossen und dafür 260.000 € eingeplant haben. Er fügt hinzu, dass diese Maßnahme vom Bundesumweltministerium zu 80 % gefördert werde. **Kreisdirektor Brügge** betont, dass der Umweltausschuss federführend sei, auf Wunsch natürlich auch andere Fachausschüsse informiert werden. Er stellt heraus, dass konkrete, rein auf den Rhein-Kreis Neuss bezogene Maßnahmen noch im Laufe des Projektes erarbeitet und dann im Ausschuss kommuniziert werden.

**Frau Strobel** zählt einige konkrete Maßnahmen auf, die bereits bearbeitet werden.

**Herr Wappenschmidt** verweist auf bereits vorhandene Konzepte, sieht dieses neue Konzept kritisch und bittet um eine Vorstellung der genauen Ziele des Projektes.

**Kreisdirektor Brügge** und **Vorsitzender Herr Markert** verweisen darauf, dass das Projekt ja gerade erst angelaufen sei. Konkrete Maßnahmen werden dann im weiteren Verlauf herausgearbeitet und im Ausschuss vorgestellt. **Frau Steiner** befürwortet das Projekt, da Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe für soziale und ökologische Aspekte darstelle. **Kreisdirektor Brügge** verweist darauf, dass Nachhaltigkeit vorrangig die Arbeitsfelder Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringen solle. **Dr. Freiherr von Canstein** wünscht sich ebenfalls nachhaltige Maßnahmen, die vorrangig im Rhein-Kreis Neuss umgesetzt werden können.

**Vorsitzender Herr Markert** erinnert daran, dass die Initiative für dieses Projekt vom Fraktionsvorsitzenden der CDU ausgegangen sei und bedankt sich für das rege Interesse am Thema.

## 5. **Abfallgebühren 2025** **Vorlage: 68/5272/XVII/2024**

### **Protokoll:**

**Herr Küpper** leitet in die Thematik ein und übergibt an **Herrn Böhm**, dem Abteilungsleiter für die Kreislauf- und Entsorgungswirtschaft des Rhein-Kreises Neuss. **Herr**

**Böhm** verweist auf die detaillierte Sitzungsvorlage. Er fasst zusammen, dass die Abfallgebühren in 2025 leicht ansteigen werden, geschuldet der in 2025 weiter ansteigenden CO<sub>2</sub>-Abgabe. Die Rahmenbedingungen haben sich ansonsten nicht geändert. Damit können die Preise für Biomüll, für die Schadstoffentsorgung und die Abfallkleinanlieferungen konstant gehalten, brauchen also nicht erhöht zu werden. **Vorsitzender Herr Markert** bedankt sich für diesen zusammenfassenden, kurzen Sachstand zur Abfallgebührensituation.

**Herr Wappenschmidt** lobt das wiederum gute Ergebnis der Abfallwirtschaft im Rhein-Kreis Neuss und hebt die nach wie vor sinnvolle Subventionierung der Biomüllerrfassung und der Abfallkleinanlieferungen hervor. **Frau Leiermann** schlägt eine neuerliche Kampagne für eine bessere Bioabfalltrennung vor, z. B. durch einen Imagefilm. **Herr Küpper** unterstützt diesen Vorschlag und betont, dass sich jede Tonne Abfall, die nicht zur Müllverbrennungsanlage angeliefert werden müsse, positiv auf die Abfallgebühren auswirke. Er verweist auf die verschiedenen Kampagnen des Kreises zum Thema in der jüngsten Vergangenheit. **Frau Borggräfe** betont, dass es sich bei den vorgestellten Zahlen ja nicht um die realen Abfallgebühren handle, die Bürgerinnen und Bürger im Endeffekt in ihrer Kommune zu zahlen haben. Sie wünscht eine Übersicht zu den Abfallgebühren in den kreisangehörigen Kommunen und einen Vergleich mit den Durchschnittsgebühren in NRW. **Herr Küpper** bestätigt, dass die verschiedenen Ausgangsbedingungen in den Kommunen natürlich auch zu unterschiedlichen Abfallgebühren führen. Er stellt heraus, dass unlängst veröffentlicht worden sei, dass drei der acht kreisangehörigen Kommunen in Sachen Abfallgebühren in NRW zu den günstigsten Kommunen gehören. Die Verwaltung werde die Vergleichsdaten ermitteln und dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Auf Wunsch von **Herrn Wappenschmidt** informiert **Herr Küpper** zum Sachstand „Wertstoff- und Abfallsortieranlage“, kurz WSAA. **Herr Küpper** betont, dass es einen leichten Zeitverzug im Zeitplan gebe, da geeignete Fachgutachter für die Genehmigungsplanung derzeit auf dem Markt stark ausgelastet seien. Ansonsten laufe alles weiter nach Plan und wenn gewünscht, werde die Verwaltung in der nächsten Sitzung wieder über den aktuellen Sachstand berichten.

### **PLUA/20241121/Ö5**

#### **Beschluss:**

**Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auszahlung von Vergütungen für die Benutzung der durch den Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen:**

**Neunte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auszahlung von Vergütungen für die Benutzung der durch den Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen**

Aufgrund der §§ 5 Absatz 1, 26 Absatz 1 Buchstabe h der Kreisordnung für das Land

Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 2021), der §§ 2 Absatz 1, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 610) und des § 9 Absatz 2 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 74) in Verbindung mit § 15 der Satzung über die Abfallentsorgung im Rhein-Kreises Neuss vom 28.09.1994 in den jeweils zur Zeit geltenden Fassungen hat der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss in seiner Sitzung am 11.12.2024 die folgende Änderung der „Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auszahlung von Vergütungen für die Benutzung der durch den Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen“ beschlossen.

## **§ 1**

### **§ 2 Abs. 1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:**

- |                        |                  |
|------------------------|------------------|
| 1. Haus- und Sperrmüll | 241,51 Euro / Mg |
|------------------------|------------------|

### **§ 2 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:**

(2) Die Vergütung bzw. die Gebühr nach § 1 Nr. 1 wird für Altpapier, -pappen, -kartonagen nach folgender Berechnungsformel bestimmt:

$$G = m * 258,00 \text{ EUR/Mg} * (z / z_0) - m * 140,70 \text{ EUR/Mg}$$

### **§ 2 Abs. 4 Nrn. 1-3 erhalten folgende Fassung:**

- |                            |                  |
|----------------------------|------------------|
| 1. Asbesthaltige Abfälle   | 92,44 Euro / Mg  |
| 2. Mineralische Dämmstoffe | 224,99 Euro / Mg |
| 3. Sonstige Deponieabfälle | 32,53 Euro / Mg  |

## **§ 2**

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen**



## 6. Mitteilungen

### 6.1. Sachstandsbericht zu hohen Grundwasserständen im Rhein-Kreis Neuss

**Vorlage: 68/5373/XVII/2024**

**Protokoll:**

**Frau Hugo-Wissemann** erkundigt sich zur Grundwassersituation in Dormagen-Gohr. **Frau Willner** erinnert daran, dass sich in Gohr bereits frühzeitig Bürgerinnen und Bürger organisiert haben, um bei Überschreitung eines definierten Grundwasserstandes konkrete Maßnahmen einleiten zu können. Dieser Punkt sei aber noch nicht erreicht. **Herr Wappenschmidt** würde begrüßen, wenn der Kreis mit seinen Kompetenzen auch in anderen Gebieten mit aktuell hohem Grundwasserstand betroffenen Bürgern zur Seite stehen würde. Er erinnert an die Grundwasserkommission, die in Korschenbroich erfolgreich gearbeitet habe. **Frau Willner** betont, dass der Kreis gerne helfe. Sie informiert, dass Vertreter der Unteren Wasserbehörde am 28. November in Kaarst auf einer Bürgerversammlung zum Thema hohe Grundwasserstände teilnehmen werden.

### 6.2. Facharbeitsgruppe Gillbach

**Vorlage: 68/5339/XVII/2024**

**Protokoll:**

**Frau Janetta** berichtet über kontroverse Aussagen zum Zustand des Gillbaches aus der Zeit ohne Sumpfungseinfluss. Kernfrage: Habe der Gillbach früher ganzjährig Wasser geführt oder nicht? Mit den Zwischenergebnissen aus der „Facharbeitsgruppe Gillbach“ sei sie jedenfalls bis dato nicht zufrieden. **Frau Janetta** hofft auf konstruktive Lösungsvorschläge aus der Facharbeitsgruppe, mit denen die Rommerskirchener in Sachen Gillbach auch in der Zukunft gut leben können. **Frau Leiermann** verweist darauf, dass Kläranlagen bei Starkniederschlagsereignissen in der Regel überschüssiges Regenwasser gemeinsam mit ungeklärtem Abwasser in die Vorfluter abgeben. Sollte der Gillbach zukünftig zeitweise trockenfallen, gäbe es dann keinen Verdünnungseffekt mehr und die Schadstoffbelastung im Bachbett werde zunehmen. **Frau Steiner** sagt, dass die natürlichen Quellgebiete des Gillbachs im Raum Oberaußern von RWE weggebaggert worden seien. Sie halte einen trockengefallenen Gillbach daher für einen Bergbauschaden. **Herr Küpper** betont, dass hier im Ausschuss nur über den aktuellen Sachstand aus der Arbeitsgruppe berichtet werde, mögliche Ergebnisse aus dieser

Facharbeitsgruppe können und sollen keinesfalls vorweggenommen werden. **Frau Willner** informiert, dass Einleitungen von ungeklärten Mischwässern in die Vorflut nach Starkregenereignissen ein allgemeines Problem beim Betrieb von Kläranlagen seien. Genauerer dazu werde allerdings in den jeweiligen Genehmigungen geregelt. **Frau Willner** ergänzt, dass der ökologische Zustand des Gillbaches bereits seit Jahren als nicht gut eingestuft werde.

Sie informiert, dass die natürliche Quelle des Gillbaches, im Bereich des Tagebaus Garsdorf gelegen, bereits vor Jahrzehnten weggebaggert worden sei. **Frau Willner** betont, dass der ehemalige Tagebau Garsdorf im Regelungsbereich des Braunkohlenplans Hambach liege. Und im Braunkohlenplan Hambach sei festgeschrieben worden, dass der Gillbach in früheren Zeiten nicht dauerhaft wasserführend gewesen sei. Aus diesem Grund werde das potentielle Trockenfallen des Gillbaches im Oberlauf auch nicht als Bergbauschaden aufgeführt. Ab Widdeshoven sehe dann der Braunkohlenplan Garzweiler eine dauerhafte Bespannung vor, die auch in Planung sei. **Frau Willner** informiert, dass die Zuständigkeit für die Braunkohlenplanung bei der Bezirksregierung Arnsberg liege.

**Frau Janetta** fordert, dass gutachtlich geklärt werden solle, ob der Gillbach in früheren Zeiten ganzjährig Wasser geführt habe oder nicht. Sie informiert, dass sie mehr als 2 Monate lang zum Thema keine Akteneinsicht bei der Gemeinde Rommerskirchen erhalten habe. Erst nach Intervention des Kreises habe sie sich die Unterlagen ansehen dürfen. **Vorsitzender Herr Markert** gibt diese Aussage zu Protokoll. **Kreisdirektor Brügge** fasst zusammen, dass rein juristisch betrachtet RWE nicht für ein zukünftiges Trockenfallen des Gillbaches haftbar gemacht werden könne.

### **6.3. Sachstandsbericht zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/5346/XVII/2024**

#### **Protokoll:**

**Kreisdirektor Brügge** verweist auf die detaillierten Sitzungsunterlagen.

**Herr Wappenschmidt** hofft, dass der angekündigte Klima-Check nicht zu mehr Bürokratie führe. Bei der Allianz für Klima und Nachhaltigkeit, insbesondere bei der Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen wünscht er sich ein stärker ergebnisorientiertes Vorgehen. Des Weiteren sollen die Maßnahmen priorisiert werden, z. B. durch die Abfrage: Wie viel Arbeitszeit pro Maßnahme werde eingesetzt und mit welchem Ergebnis für die Umwelt, z. B. hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Einsparung. **Frau Hugo-Wissemann** schlägt vor, die Vortragsreihe zum Energiesparen im Alltag im Vorfeld besser bekannt zu machen, besser zu bewerben. Dann würden zukünftig auch sicherlich mehr Menschen bei diesen sinnvollen Veranstaltungen teilnehmen.

**Frau Borggräfe** wünscht weitere Informationen zum Klima-Check und schlägt in Sachen Klimakoffer vor, direkt auf die Schulen zuzugehen. Sie fragt, ob bei der kommunalen Wärmeplanung Dormagen und Jüchen inzwischen geantwortet haben. **Frau Leiermann** informiert, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten insbesondere wegen fehlender Dienstleiter inzwischen auch Dormagen bei der kommunalen Wärmeplanung aktiv geworden sei. Sie unterstützt den Vorschlag von **Herrn Wappenschmidt** zur gewünschten Priorisierung.

**Frau Grothe** betont, dass der Klima-Check unbürokratisch sei, weil eigentlich nur nachgefragt werde, ob der Beschlussvorschlag einen Einfluss auf das Klima habe und wenn ja, welcher. Den Vorschlag zur Priorisierung nehme sie gerne auf. **Frau Grothe** informiert über positive Entwicklungen bei der Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen und gibt eine Übersicht über die in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen erbrachten Ergebnisse, z. B. bei der kreisweiten AltBauNeu- Initiative, beim Förderprogramm für Balkonkraftwerke und bei der kommunalen Wärmeplanung. Sie informiert über weitere klimarelevante Projekte.

**Frau Grothe** berichtet, dass die kreisangehörigen Kommunen bei der Bewerbung der Vortragsreihe nicht so gut mitgezogen haben, wie eigentlich geplant. Da sehe sie ebenfalls ein Verbesserungspotential. In Sachen „Klimakoffer“ werden die weiterführenden Schulen in Kürze angeschrieben. Auf Anfrage von **Herrn Wappenschmidt** informiert **Frau Grothe**, dass sich die Klimakoffer-Aktion des Rotary-Clubs an andere Schulformen richten.

#### **6.4. Sachstandsbericht "Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaft" mit Campohermoso (Kolumbien)**

**Vorlage: 61/5345/XVII/2024**

**Protokoll:**

**Kreisdirektor Brügge** verweist auf die Tischvorlage. Es erfolgen keine Wortbeiträge.

#### **6.5. Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zum "Bündnis für Biodiversität Mittlerer Niederrhein"**

**Protokoll:**

**Herr Küpper** informiert, dass der Kreis vor Kurzem dem Bündnis für Biodiversität Mittlerer Niederrhein beigetreten sei.

**Frau Willner** berichtet, dass es sich bei diesem Bündnis um eine Initiative der IHK handle. Ziel: Um eine nachhaltige Biodiversität zu stärken sollen Unternehmen, Lösungsanbieter und Umweltverwaltungen besser vernetzt werden. **Frau Willner** benennt als Beispiele, dass ein Unternehmen sein Firmengelände ökologisch aufgewertet habe. Und ein weiteres Feld der Kooperation betreffe die Nachhaltigkeitsberichterstattung, zu der zahlreiche Unternehmen verpflichtet seien.

## 7. Anfragen

### 7.1. Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Vorlage: 61/5347/XVII/2024

#### Protokoll:

**Frau Leiermann** verweist auf hohe Differenzen zwischen Einnahmen und Ausgaben von Ersatzgeldern. Sie fragt, ob mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auch Pflegemaßnahmen finanziert werden können. **Herr Elter** betont, dass es spezielle Vorgaben des Landes und der Bezirksregierung gebe, wofür die Ersatzgelder eingesetzt werden dürfen. Auch müssen zunächst einmal Flächen für geeignete Maßnahmen gefunden werden, z. B. für die Anlage von Streuobstwiesen. Das Planungsamt arbeite zurzeit an einer Konzeption, wie zukünftig mit den Ersatzgeldern umgegangen werden soll bzw. kann. **Herr Elter** ergänzt, dass Pflegemaßnahmen nur sehr eingeschränkt finanziert werden können, da sie im Regelfalle zu keiner geforderten Aufwertung einer Fläche führen. **Frau Leiermann** regt an, in einer der nächsten Sitzungen die Überlegungen des Kreises für die weitere Entwicklung im Bereich Ersatzmaßnahmen zu kommunizieren. **Herr Wappenschmidt** erkundigt sich zu den Finanzen, fragt, ob die Ersatzgelder nicht im Bereich Ökokonto verwendet werden können und ob nicht die Waldvermehrung mitfinanziert werden könne. Schließlich erkundigt er sich, ob auch Maßnahmen in den kreisangehörigen Kommunen finanziell unterstützt werden können, wenn dort z. B. keine anderen Mittel zur Verfügung stünden. **Herr Wappenschmidt, Herr Elter** und **Kreisdirektor Brügge** diskutieren über das Verhältnis von Ersatzgeld zum Ökokonto. **Frau Steiner** fragt u. a. zu einer möglichen Finanzierung von Wiedervernäsungsmaßnahmen in trocken gefallenem Niedermooren.

**Kreisdirektor Brügge** erinnert an die Geschäftsordnung des Kreistags, an § 11 Abs. 2, wonach der Fragesteller bis zu 2 kurze Zusatzfragen stellen könne. Er schlägt vor, die Themen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Ökokonto im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

**Vorsitzender Herr Markert** unterstützt diesen Vorschlag. Es erfolgen keine weiteren Wortbeiträge zum Thema.

## 7.2. Mündliche Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fahrzeitregulierung für Mähroboter

### Protokoll:

**Frau Janetta** fragt zum Thema Fahrzeitregulierung für Mähroboter. **Herr Küpper** und **Vorsitzender Herr Markert** diskutieren über Vor- und Nachteile eines möglichen Nachtfahrverbotes, über den bereits vorhandenen Schutz der Igel nach Bundesnaturschutzgesetz und auch über kaum durchführbare Verbotskontrollen. **Herr Küpper** plädiert dafür, dass es sinnvoller sei, Bürgerinnen und Bürger über die Risiken zu informieren, wenn Mähroboter nachts eingesetzt werden.

## 8. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

### Protokoll:

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortbeiträge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Hans Christian Markert um 18:46 Uhr die Sitzung.



**Hans Christian Markert**  
Vorsitz



**Karl-Heinz Olk**  
Schriftführung